

Wochenspiegel

Extra

Darüber diskutiert Frankreich

15. – 21. Juni 2024

Weitere Informationen zu den Parlamentswahlen finden Sie in unserem Wahldossier: [Hier klicken](#)

Frankreich wegen eines übermäßigen Defizits im Visier der Europäischen Kommission. In diesem Zusammenhang warnte Wirtschaftsminister Bruno Le Maire vor „einer Schuldenkrise“, falls die Rassemblement National (RN) oder der Nouveau Front Populaire (NFP) bei den Parlamentswahlen gewinnen sollten. Er befürchtet, dass Frankreich unter die Vormundschaft der Europäischen Kommission und des IWF gestellt werden könnten, sollten die Wirtschaftsprogramme der beiden Parteien durchgesetzt werden. Bereits am Tag nach der Ankündigung der Auflösung der Nationalversammlung durch Präsident Emmanuel Macron zeigten sich die Märkte äußerst nervös.

Die Zivilgesellschaft engagiert sich in der Kampagne für die Parlamentswahlen. Mehrere Verbände und Arbeitnehnergewerkschaften riefen zu Demonstrationen gegen die extreme Rechte auf. An der Demonstration am 15. Juni nahmen jedoch nur 250.000 Menschen in ganz Frankreich teil, im Vergleich zu 1,5 Millionen im Jahr 2002, als Jean-Marie Le Pen die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen erreichte. Die Arbeitergewerkschaft CGT, die historisch gesehen der Kommunistischen Partei nahesteht, rief dazu auf, für den Nouveau Front Populaire zu stimmen. Ungewöhnlich ist auch, dass sich mehrere Verbände und Unternehmensgewerkschaften in die öffentliche Debatte einschalteten, um ihre Besorgnis über die Programme der RN oder der NFP und die Gefahr eines Abrutschens der Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen.

Überraschend war auch die Wortmeldung von Spielern der französischen Nationalmannschaft vor Beginn der Fußball-EM, darunter Kapitän Kylian Mbappé, der „die junge Generation dazu aufrief, zur Wahl zu gehen“. Er erinnerte daran, dass „die extremen Ränder an die Macht kommen können“ und hofft, dass er „am 7. Juli noch immer stolz darauf sein wird, das Trikot der französischen Nationalmannschaft zu tragen“.

Rassemblement National angesichts der Regierungsverantwortung verunsichert. Der Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei Jordan Bardella erklärte, er werde sich weigern, Premierminister zu werden, wenn seine Partei nur eine relative Mehrheit bei den Parlamentswahlen erhält. Gabriel Attal (Renaissance), der derzeitige Premierminister, kommentierte, dass Bardella sich weigere, sich Hindernissen und Herausforderungen zu stellen. Auch in Hinblick auf ihr Wahlprogramm scheint die Partei zu wackeln. So erklärte Jordan Bardella, dass er den sofortigen Rückzug Frankreichs aus dem integrierten NATO-Kommando nicht mehr wünsche oder dass er mehrere Punkte des Wahlprogramms vorerst einer „Finanzprüfung“ unterziehen möchte. Das Kassationsgericht in Paris bestätigte am 19. Juni die Verurteilung des Rassemblement National zu einer Geldstrafe in Höhe von 250.000 Euro in letzter Instanz. In dem Verfahren ging es um überhöhte Rechnungen für Wahlkampfmaterial der Kandidaten bei der Wahl zur Nationalversammlung 2012.

François Hollande kandidiert für die Parlamentswahlen. Der ehemalige Präsident der Republik François Hollande (PS) kandidiert in seiner alten Hochburg Corrèze, wo er 20 Jahre lang Abgeordneter war. Das Präsidentenlager wird keinen Gegenkandidaten aufstellen, sondern den bisherigen Abgeordneten François Dubois (LR) unterstützen.

Reconquête! stellt 330 Kandidaten auf. Die von Éric Zemmour gegründete Partei gab an, nur in 330 von 577 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, um „den Zusammenschluss der Rechten“ zu begünstigen. Ihr Vorsitzender bedauerte, dass Rassemblement National seinen Vorschlag für ein Bündnis abgelehnt hat.

Die Regierungsmehrheit stellt ihr Programm vor. Premierminister Gabriel Attal, der selbst für seine Wiederwahl als Abgeordneter kämpft, stellte die Grundzüge seines Lagers für den Parlamentswahlkampf vor. Während er die Bilanz der Präsidentenmehrheit verteidigte, erklärte er, dass sein Lager der einzige Garant für eine seriöse Haushaltsführung sei und die Verbundenheit mit den Werten der Republik verkörpern würde. In Anlehnung an die Pressekonferenz des Staatspräsidenten vom 13. Juni betonte er, dass seine Partei für die Autorität des Staates und die Schaffung von Arbeitsplätzen steht.

Les Républicains weiterhin von Krisen gebeutelt. Nach allen politischen Schwergewichten der Partei Les Républicains (LR) hat nun auch der ehemalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Entscheidung von Éric Ciotti, ein Bündnis mit dem RN einzugehen, kritisiert. Sarkozy verurteilte die einseitige Entscheidung und das Risiko, nur ein „Handlanger“ von Jordan Bardella zu sein, der „Talent hat“, dem aber die Erfahrung fehle, um Premierminister zu werden.

Gleichzeitig klammert sich Éric Ciotti weiterhin eisern an den Vorsitz der LR, während der Parteivorstand ein neues Verfahren zu seinem Ausschluss eingeleitet hat. Gegen Éric Ciotti wird zudem aktuell wegen „Veruntreuung öffentlicher Gelder“ ermittelt.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Europaabgeordnete der Liste Reconquête! schließen sich EKR an.

Gemäß der vor einigen Monaten erfolgten Annäherung haben sich vier Abgeordneten der von Marion Maréchal geführten Liste der EKR-Fraktion im Europäischen Parlament angeschlossen. Wie bereits erwähnt, wurden alle vier vom Vorsitzenden der Partei, Éric Zemmour, aufgrund der Annäherung mit dem RN aus der Partei ausgeschlossen. Sarah Knafo, die fünfte gewählte Abgeordnete auf der Liste und Lebensgefährtin von Zemmour, hat sich bislang keiner Fraktion angeschlossen.

Mit diesen Neuzugängen wird die EKR-Fraktion zur drittgrößten Fraktion im Europäischen Parlament. Mit 83 gewählten Abgeordneten ist sie stärker als die Fraktion Renew Europe (82) aufgestellt.

3	4	7
0	8	6
5	2	3
7	4	9
9	8	2
0	6	1

DIE ZAHL DER WOCHE

717.184

Das ist die Anzahl der Wahlvollmachten, die seit dem 10. Juni für die Parlamentswahlen am 30. Juni und 7. Juli ausgestellt wurden. Das ist sechsmal so viel wie bei den vorherigen Wahlen im Jahr 2022. Als mögliche Gründe für den hohen Anstieg werden die Kurzfristigkeit der Wahlen sowie der Beginn der Sommerferien für einige Franzosen genannt. Mit nur 46,23 % war die Wahlbeteiligung beim zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen 2022 historisch tief ausgefallen.